

Stadt Haan

Niederschrift über die

7. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten der Stadt Haan

am Mittwoch, dem 01.02.2023 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:50

Vorsitz

Stv. Tobias Kaimer

CDU-Fraktion

Stv. Dr. Edwin Bölke
Stv. Vincent Endereß
AM Udo Greeff
Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für AM Oberstraß

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
AM Ulrich Klaus
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für AM S. Niklaus
Vertretung für Stv. Kunkel-Grätz
ab TOP 3 / 17:10 Uhr

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam
Stv. Meike Lukat
Stv. Nadine Lütz

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker
Stv. Nicola Günther

FDP-Fraktion

AM Reinhard Zipper

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

Vertreter der Polizei

PHK Wolfgang Nellen

Schriftführung

StA Daniel Jonke

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

Verwaltung

StRD'in Andrea Kotthaus

StVD'in Doris Abel

StOVR Gerhard Titzer

StBAR Ulf Dalkmann

StHS'in Simone Herweg

Frau Andrea Kronauer

Der Vorsitzende Tobias Kaimer eröffnet um 17:00 Uhr die 7. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Stv. Lukat beantragt einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Sachstand der Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessstellen“.

Der Vorsitzende **Stv. Kaimer** lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
5 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

/ Belange des Feuerschutzes

1./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

2./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

./ Ordnungsangelegenheiten

3./ E-Scooter in Haan **Vorlage: 61/066/2023**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf ein Schreiben der Firma Bolt bezüglich der Sondernutzungsgebühr. Seitens der Verwaltung sei geplant eine Anpassung der Sondernutzungssatzung zur Sitzung des Rates im Februar vorzulegen. Es sei jedoch nun die Aufgabe der Politik, der Verwaltung den entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Stv. Endereß führt für die CDU-Fraktion mit Verweis auf das Schreiben der Firma Bolt aus, dass dieser an einer angemessenen Sondernutzungsgebühr gelegen sei, analog zu den umliegenden Städten.

Stv. Günther teilt für die GAL-Fraktion mit, dass sich diese für eine Anpassung der Sondernutzungssatzung ausspreche. Bezüglich der Höhe der Sondernutzungsgebühr habe man sich bei dem Vorschlag an der Stadt Köln orientiert.

AM Zipper warnt davor, zu hohe Anforderungen an die Anbieter solcher Sharing-Angebote zu stellen. Es solle keinesfalls der Eindruck erweckt werden, die Politik würde solche Angebote nicht wollen. Bezüglich der Sondernutzungssatzung solle diese auch andere Anbieter z.B. von E-Bikes ansprechen und nicht ausschließlich für die genannte Firma gelten.

Zudem verweist er auf die Stellplatzproblematik. Es sollten aus Sicht der FDP-Fraktion auch geeignete Stellplätze eingerichtet werden, so dass die E-Scooter nicht wild abgestellt werden.

StRD'in Kotthaus verweist darauf, dass die Verwaltung die bestehende Satzung dahingehend anpassen werde, dass in dieser alle möglichen Anbieter angesprochen werden, so dass die Satzung nicht immer wieder angepasst werden müsse.

Stv. Lukat verweist auf die [Internetseite der Stadt Düsseldorf zum Thema Sharing Economy](#). Hier werde umfassend über die Sharing-Angebote der Stadt Düsseldorf informiert. Gleichzeitig zeige dies auf, welche vielfältigen Möglichkeiten des Sharings es gäbe, daher spreche auch sie sich dafür aus, die Sondernutzungssatzung allgemein zu formulieren. Wichtig sei es, dass dies keine Verhinderungssatzung werde und verweist auf die Gebühren und das Schreiben der Firma Bolt. Mit den Sharing Angeboten steige auch der Verwaltungsaufwand, welcher sich in den Gebühren wiederfinden müsse. Eine Gebühr von 10 bis 20 Euro im Jahr empfinde sie als recht wenig und reiche vermutlich nicht aus, um den Aufwand der Verwaltung zu decken.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** signalisiert ebenfalls Zustimmung zur Anpassung der Sondernutzungssatzung und verliest einen Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. *Die Verwaltung erarbeitet eine E-Scooter-Strategie bzw. ein E-Scooter-Konzept.*
2. *Die Verwaltung wird gebeten, zum kommenden HFA/Rat eine Änderung/Anpassung der Satzung für Sondernutzungen vorzubereiten.*

Stv. Lukat verweist auf ihre vorherige Aussage und beantragt, dass das Wort „E-Scooter“ unter Ziffer 1 in „E-Sharing“ geändert werde.

Stv. Kaimer weist darauf hin, dass die Erstellung eines Konzeptes für das gesamte E-Sharing vermutlich deutlich länger dauern würde. Er spricht sich daher dafür aus, dass zunächst mit einem Konzept für E-Scooter gestartet werde. Die weiteren Konzepte könnten dann sukzessive folgen.

Stv. Lukat entgegnet, dass die Satzung bereits jetzt entsprechend angepasst werden könne, das Konzept aber dafür nicht zwingend notwendig sei und daher zu einem späteren Zeitpunkt folgen könne.

Stv. Stracke verweist ebenfalls darauf, dass mit dem Begriff des E-Sharings natürlich nicht nur E-Scooter sondern auch die Sharing-Angebote von E-Autos, E-Bikes, etc. gemeint seien und das Konzept daher sehr umfangreich sei.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** lässt daraufhin über den von der WLH-Fraktion geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag gem WLH-Fraktion:

1. Die Verwaltung erarbeitet eine E-Sharing-Strategie bzw. ein E-Sharing-Konzept.
2. Die Verwaltung wird gebeten, zum kommenden HFA / Rat eine Änderung / Anpassung der Satzung für Sondernutzungen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja / 10 Nein / 2 Enthaltungen

Im Anschluss lässt der **Vorsitzende Stv. Kaimer** über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussvorschlag gem. Verwaltung:

3. Die Verwaltung erarbeitet eine E-Scooter-Strategie bzw. ein E-Scooter Konzept.
4. Die Verwaltung wird gebeten, zum kommenden HFA/Rat eine Änderung/Anpassung der Satzung für Sondernutzungen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**4./ Verkaufsoffener Sonntag 2023
Vorlage: WTK/039/2023**

Beschlussvorschlag:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass im Jahr 2023 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
11 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

**5./ Konzept zur Einrichtung eines Kommunalen Ordnungsdienstes in der
Stadt Haan
Vorlage: 32-2/029/2023**

Protokoll:

Stv. Stracke erläutert für die SPD-Fraktion, dass diese sich der Vorlage so nicht anschließen könne. Bereits in der letzten Ausschusssitzung habe die SPD auf die Notwendigkeit präventiv vorzugehen hingewiesen. Aus Sicht der SPD-Fraktion, spiegele sich das jedoch in dem vorgelegten Konzept nicht wieder, da sich substanziell nichts geändert habe und der Kommunale Ordnungsdienst weiterhin ausschließlich restriktiv tätig werden solle. Er erinnert nochmal daran, dass der Bürgerantrag bezüglich der Lärmbelästigung rund um die Grundschule Mittelhaan der Stein des Anstoßes war, um die Diskussion um einen Kommunalen Ordnungsdienst wieder aufleben zu lassen. Die SPD-Fraktion sei jedoch der Meinung, dass es viel wichtiger sei, den Jugendlichen in Haan bessere Treffpunkte und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zu bieten, als hier einen zusätzlichen Ordnungsdienst einzuführen. Des Weiteren kritisiert er den Personalansatz von zusätzlichen 8,5 Stellen.

Stv. Zipper schließt sich, stellvertretend für die FDP-Fraktion, der Aussage des Stv. Stracke an. Auch er verweist auf die Diskussion um den Bürgerantrag und führt aus, dass es nicht sein könne, dass jedes Mal über einen Kommunalen Ordnungsdienst diskutiert werde, sobald ein solcher Sachverhalt auftrete. Es sollte vielmehr versucht werden, mit den Jugendlichen in Kontakt zu treten und auch entsprechende Treffpunkte für Jugendliche, wie z.B. die Skateranlage an der Landstraße, herzurichten und freundlicher zu gestalten, so dass die Aufenthaltsqualität für die Jugendlichen dort steige. Einfach nur einen Kommunalen Ordnungsdienst einzuführen, werde das Problem aus seiner Sicht lediglich verlagern, da die Jugendlichen sicherlich andere Orte aufsuchen werden.

Stv. Endereß erinnert daran, dass der Arbeitsauftrag an die Verwaltung, ein Konzept für den Kommunalen Ordnungsdienst vorzulegen, einstimmig von allen unterstützt worden sei. Bezogen auf die vorherigen Wortmeldungen frage er sich, was die Fraktionen erwartet hätten. Er verweist darauf, dass die CDU-Fraktion bereits seit längerer Zeit einen Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) fordere, dieser jedoch immer wegen der Raumproblematik im Rathaus abgelehnt worden sei. Er erinnert auch daran, dass der KOD auch für andere Aufgaben, wie beispielsweise wilde Müllentsorgung zuständig und daher auch für viele weitere ordnungsrechtliche Themen in Haan wichtig sei. Auch würde der KOD die Polizei entlasten, da diese aktuell die Aufgaben übernehmen würden. Zusätzlich verweist er auch darauf, dass die Stadt Haan die einzige Stadt im Kreis Mettmann sei, welche noch keinen KOD eingeführt habe.

Bezüglich des genannten Personalansatzes von 8,5 Stellen stimme er jedoch der SPD-Fraktion zu, auch die CDU sehe einen solch hohen Bedarf nicht und bittet die Verwaltung daher darum, das Konzept entsprechend mit einem niedrigeren Personalansatz anzupassen.

AM Eiker führt für die GAL-Fraktion aus, dass diese grundsätzlich für einen KOD sei, jedoch nicht sehe, dass das Problem ausschließlich von den Jugendlichen ausgehe. Wichtig sei der KOD zum Beispiel auch bei den Themen Glücksspiel und wilde Müllentsorgung. Die GAL wolle nicht, dass der Eindruck entstehe, man wolle den KOD nur um die Jugendlichen zu vertreiben. Bezogen auf die Doppelschichten im Konzept führt er aus, dass die Uhrzeiten priorisiert werden müssten, so dass Doppelschichten vermieden werden könnten.

Stv. Lukat verweist auf einen Antrag der WLH-Fraktion aus dem Jahr 2014 bezüglich eines Präsenzkonzeptes. Dieser Antrag wurde zu ihrem Bedauern abgelehnt. Sie verweist auf die Angsträume und darauf, dass diese in einem Konzept genau definiert sein müssen. Möglicherweise gäbe es an der einen oder anderen Stelle ein milderes Mittel um den Angstraum zu bekämpfen.

Weiterhin bemängelt sie, dass in dem Konzept keinerlei aussagekräftigen Kennzahlen genannt seien. Die WLH-Fraktion stehe weiterhin zum Beschluss einen KOD einzuführen und ein Konzept vorzulegen, jedoch könne die WLH der vorgelegten Vorlage nicht zustimmen, da aus ihrer Sicht viele Dinge im Konzept nicht genau definiert seien und die Kennzahlen fehlen. Sie beantragt daher, dass zur nächsten Sitzung des Ausschusses ein überarbeitetes Konzept mit Kennzahlen und genaueren Definitionen vorgelegt werde.

Stv. Kaimer erläutert, dass er die Vorlage als Einstieg in die Diskussion sehe und die Erklärung, dass das Konzept in Gänze falsch sei, der Arbeit der Verwaltung nicht gerecht werde.

Stv. Stracke erläutert, dass die SPD-Fraktion einen Kommunalen Ordnungsdienst nicht grundsätzlich ablehne, sondern lediglich wie er hier vorgelegt werde, da aus Sicht der SPD-Fraktion die präventiven Maßnahmen, wie z.B. aufsuchende Jugendhilfe, nicht benannt sei.

Stv. Endereß weist darauf hin, dass es hier um das Konzept eines Kommunalen Ordnungsdienstes und nicht um ein Konzept zum Thema „Streetwork“ gehe. Des Weiteren halte er eine Stellungnahme der Polizei für sinnvoll.

Stv. Dürr erwidert, dass die SPD-Fraktion „Streetwork“ sehr wohl als Teil des KOD-Konzeptes sehe. Beide Aufgaben könnten sich ergänzen, daher sollte es in dem vorgelegten Konzept auch Erwähnung finden.

Der anwesende **Vertreter der Polizei, PHK Nellen** führt aus, dass die Polizei derzeit zu allerlei Sachverhalten gerufen werde. Dies reiche von nicht angeleiteten Hunden, über aggressives Betteln bis hin zu Kontrollen von Spielotheken, sog. Posern und Rasern als auch Ruhestörungen z.B. durch Jugendliche zu späterer Stunde. Es zeige sich demnach, dass auch in Haan die Sachverhalte sehr vielseitig seien. Ein Kommunalen Ordnungsdienst könne allein schon durch seine Präsenz dahingehend viel bewirken, ohne zwingend restriktiv tätig werden zu müssen.

Weiterhin befürworte er die angedachten Doppelstreifen, da dies einerseits die Kolleg_innen schütze und man andererseits alleine weniger ernst genommen werde. Bei den bisherigen Einsätzen habe sich zudem gezeigt, dass viele Personen auch aus den umliegenden Städten kommen, da es in Haan wenig Präsenz seitens des Ordnungsamtes oder der Polizei durch Streifengänge gäbe. Die Polizei unterstütze das Konzept des Kommunalen Ordnungsdienstes daher.

AM Adam führt bezüglich der Anmerkung des Stv. Dürr aus, dass der Kommunale Ordnungsdienst nicht als sozialer Ansprechpartner fungiere, daher müsse es hierfür separate Ansprechpartner geben.

AM Elker ergänzt, dass der Kommunale Ordnungsdienst und Streetworker unter Umständen zwar die gleiche Zielgruppe hätten, hierbei jedoch unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen müssten, daher sei es nicht verwunderlich, dass der Aspekt des Streetwork nicht im Konzept des Kommunalen Ordnungsdienstes erwähnt werde.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** verweist auf den Beschlussvorschlag der Vorlage, dass der Ausschuss das Konzept lediglich zur Kenntnis nehme. Um den weiteren Werdegang anzustoßen, schlägt er jedoch vor, eine Empfehlung an den Rat zur Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes abzugeben.

Stv. Lukat schlägt ihrerseits vor, dass zur nächsten Sitzung des Ausschusses ein modifiziertes Konzept mit Kennzahlen und dem Ziel der Einführung vorgelegt werde.

StRD'in Kotthaus teilt mit, dass im Bereich des Amtes 32 mit Erhebung von Kennzahlen erst im Sommer 2022 (Abteilungen Bürgerservice und Standesamt), sowie in 2023 (Abteilung öffentliche Sicherheit und Ordnung) erhoben würden. Für die Vergangenheit könne sie jedoch keine Kennzahlen nennen, da diese nicht vorlägen.

Stv. Endereß beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um mit allen Fraktionen einen gemeinsamen Beschlussvorschlag zu formulieren.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** unterbricht daher die Sitzung von 18:10 Uhr bis 18:30 Uhr um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben einen gemeinsamen Beschlussvorschlag zu formulieren.

Stv. Lukat stellt im Anschluss den gemeinsamen Beschlussvorschlag vor.

Beschluss gem. gemeinsamen Beschlussvorschlag von CDU, SPD, WLH und GAL:

1. Die stufenweise Einführung eines kommunalen Ordnungsdienstes wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal (DOPA) den Stellenbedarf für die erste Stufe vorzulegen. Der Stellenbedarf richtet sich dabei nach dem aktuell erkannten, dringenden Bedarf der Ordnungsbehörde.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
14 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

6./ Haushaltsplanberatungen 2023; Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten Vorlage: 20/071/2023

Protokoll:

AM Zipper führt für die FDP-Fraktion aus, dass der Stellenplan von zentraler Bedeutung für den Haushalt sei. Die FDP-Fraktion werde sich diesbezüglich enthalten, da viele finanziellen Auswirkungen sich auf Stellenerhöhungen z.B. im Bereich der Feuerwehr zurückführen ließen.

Stv. Lukat erläutert, dass die Stellen aufgrund des Rettungsdienstbedarfsplanes zurückzuführen und daher notwendig seien, um die dort geforderten Ziele zu erreichen.

Der anwesende **Vertreter der Feuerwehr, STBAR Dalkmann**, erläutert ergänzend, dass die Feuerwehr in Haan Brandschutzdienststelle werden solle.

StRD'in Kotthaus verweist darauf, dass es sich dabei um eine bereits vorhandene Stelle handele.

Stv. Stracke verweist auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zur Organisationsuntersuchung im Bürgerbüro und bittet darum, diesen in die Beratung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal (DOPA) zu verschieben, da den Fraktionen der Antrag erst kürzlich zugegangen sei.

Stv. Endereß entschuldigt sich dafür, dass der Antrag erst recht spät übermittelt worden sei und stimmt dem Vorschlag des Stv. Stracke zu, diesen in die Sitzung des DOPA zu verschieben.

Beschlussvorschlag:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes - wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2023 ausgewiesen - dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
14 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

7./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lukat verweist auf die Beratungen im Ausschuss für Umwelt und Mobilität vom 25.01.2023. Hierbei sei aufgezeigt worden, dass die Geschwindigkeitsmessstellen in Haan viele Überschreitungen gezeigt hätten. An den Vertreter der Polizei richtet sie deshalb die Frage, welche Konzepte seitens der Polizei verfolgt würden, um gegen sog. Raser und Poser vorzugehen.

Der **Vertreter der Polizei, PHK Nellen** erläutert, dass der Polizei die angesprochenen Zahlen noch nicht vorliegen. Anhand dieser müsste dann ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden. Er könne daher noch keine konkrete Antwort auf die Frage liefern.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** fragt daher an, ob es der Polizei möglich sei, ein entsprechendes Konzept in der nächsten Sitzung im September vorzustellen.

PHK Nellen bejaht dies.

Stv. Lukat fragt an, weshalb im Mai keine Sitzung des Ausschusses angedacht sei.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** führt aus, dass bisher der Bedarf einer Ausschusssitzung nicht gesehen werde und daher die nächste Sitzung im September stattfinde.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

8./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.